

EU-Informationen der HSS- Verbindungsstelle Brüssel

Februar 2010

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / Julia Schober

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 08. bis zum 14. Februar 2010

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. Europäisches Parlament votiert massiv für neue Kommission

Mit 70% (488:137 Stimmen bei 72 Enthaltungen) stimmten die Abgeordneten am 09.02. für das neue Kollegium; dies waren 106 Jastimmen mehr als bei der Wahl von Kommissionspräsident Barroso am 16.09.09. Neben der EVP-Fraktion und den Liberalen stimmten dieses Mal auch die Sozialdemokraten für die neue Kommission. 13 französische Sozialisten und 6 französische Liberale stimmten allerdings dagegen. Dagegen waren vor allem Grüne, Linke und Vertreter von rechtsextremen Parteien. Die Rechtskonservativen (EKR) enthielten sich.

Vorausgegangen war eine von Kommissionspräsident Barroso positiv gewertete Entschließung über eine neue Rahmenvereinbarung zwischen Kommission und Parlament, die dem EP mehr Einfluss, insbesondere ein verstärktes Initiativrecht, eine Einbeziehung in internationale Verhandlungen sowie die Gleichbehandlung mit dem Rat beim Zugang zu Sitzungen und bei der Übermittlung von Informationen bietet.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68681-039-02-07-901-20100209IPR68680-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM Wahl)

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68606-039-02-07-901-20100208IPR68605-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM Rahmenvereinbarung)

2. Ausschuss der Regionen wählt Mercedes Bresso (SPE/IT) als Präsidentin



Mercedes Bresso, vormalige Abgeordnete des Europäischen Parlaments und langjähriges AdR-Mitglied, war von 2006 bis 2010 Vorsitzende der SPE-Fraktion im AdR. Sie ist die erste Frau an der Spitze des AdR. In ihrer Rede im Anschluss an ihre Wahl zur AdR-Präsidentin ging die Präsidentin der italienischen Region Piemont auf die Prioritäten für ihre zweieinhalbjährige Amtszeit ein: die wirksame Vertretung der gemeinsamen Interessen aller subnationalen Behörden in Europa.

Ramón Luis Valcárcel Siso (ES/EVP), Präsident der spanischen Region Murcia, wurde zum Ersten Vizepräsidenten des Ausschusses der Regionen gewählt. Er wird dieses Amt bis 2012 ausüben, um dann in Übereinstimmung mit einer Vereinbarung zwischen SPE- und EVP-Fraktion des AdR das Amt des AdR-Präsidenten von Mercedes Bresso zu übernehmen.

<http://www.cor.europa.eu/pages/PressTemplate.aspx?view=detail&id=cdd1e5b8-1848-4a95-8e1f-a0999c9ae7a1>

3. Umsetzung des Lissabon-Vertrags höchste Priorität für Ratspräsidentschaft

Bei der Aussprache im Verfassungsausschuss des EP am 08.02. erklärte der spanische Staatssekretär Diego López Garrido, dass die Umsetzung des EU-Reformvertrags die „Priorität Nummer 1“ für die spanische Ratspräsidentschaft sei. Hierbei gehe es vor allem um den Aufbau

des europäischen diplomatischen Dienstes, engere Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten, den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention und die neue Bürgerinitiative. Der Staatssekretär hoffte auch, dass die Vertragsänderung zur Aufstockung des Europäischen Parlaments um 18 Abgeordnete über eine Regierungskonferenz und nicht über einen Konvent bewerkstelligt werden könne.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

II. Internationales und Entwicklungspolitik

a) Internationales

1. Erweiterung oberste Priorität für spanische Ratspräsidentschaft

Bei der Aussprache im Auswärtigen Ausschuss des EP am 04.02. erklärte der spanische Außenminister Miguel Ángel Moratinos, dass die Erweiterung eine Hauptpriorität sei und dass Kroatien im Zentrum stehe. Trotz aller Schwierigkeiten sollen auch die Verhandlungen mit der Türkei voran gebracht werden. Neue Impulse würden auch bezüglich Mazedonien (FYROM) angestrebt. Weitere Prioritäten seien die Europäische Nachbarschaftspolitik, Energiezusammenarbeit mit Russland, der Nahostfriedensprozess, Zusammenarbeit im Mittelmeerraum, Lateinamerika und Asien. Gefördert werden soll auch die Politik gegenüber Afrika.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

2. EP erwartet Abschluss der Verhandlungen mit Kroatien 2010

Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien können in diesem Jahr abgeschlossen werden, meint das Europäische Parlament in einer am 10.02. verabschiedeten Resolution. Die Abgeordneten sind jedoch besorgt über die abnehmende Unterstützung der kroatischen Bevölkerung für einen EU-Beitritt. Das EP erwartet außerdem, dass die Beitrittsverhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien "in naher Zukunft" beginnen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/027-68806-039-02-07-903-20100210IPR68801-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0023+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung Kroatien)

3. Europäisches Parlament mahnt Türkei zu weiteren Reformen

Die Türkei habe 2009 nur geringe Fortschritte bei der Erfüllung der Kriterien für einen EU-Beitritt gemacht, stellt das Europäische Parlament in einer am 10.02. verabschiedeten Resolution fest. Die Abgeordneten begrüßen zwar die öffentliche Debatte in der Türkei über eine Reihe von heiklen Themen, fordern aber eine tiefgreifende Verfassungsreform.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/027-68677-039-02-07-903-20100209IPR68676-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0025+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

4. EU gratuliert Sieger der Präsidentschaftswahlen in Ukraine

Herman van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rates, gratulierte dem Sieger, Viktor Janukowitsch. Die Hohe Vertreterin der Union für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU und Vizepräsidentin der Kommission Catherine Ashton, lobte am 09.02. den Ablauf der Wahlen am 17.01. und 07.02. und bekräftigte, dass die EU mit dem neuen Präsidenten an einer weiteren Vertiefung der Beziehungen der EU mit der Ukraine zusammen arbeiten wolle. Zuvor hatte eine Delegation von acht Europaabgeordneten nach ihrer Wahlbeobachtung bestätigt, dass internationale Standards im Wesentlichen eingehalten worden sind.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/112860.pdf
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/145&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>
http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/030-68594-039-02-07-903-20100208IPR68593-08-02-2010-2010-false/default_de.htm

5. Europäisches Parlament besorgt über iranisches Atomprogramm

In der Erwägung, dass Iran eine Vertragspartei des Atomwaffensperrvertrags (NVV) ist, durch die Ratifizierung des NVV seinen Verzicht auf den Erwerb von Nuklearwaffen erklärt hat und somit rechtlich verpflichtet ist, seine gesamten nuklearen Tätigkeiten einschließlich des nuklearen Materials bei der Internationalen Atomenergie-Organisation offenzulegen und sie unter deren Obhut zu stellen, begrüßt das EP die jüngsten Erklärungen der Hohen Vertreterin und anderer führender EU-Politiker, wonach als nächster Schritt eine Erörterung im UN-Sicherheitsrat erfolgen muss, und fordert den französischen Vorsitz des UN-Sicherheitsrates auf, im Februar 2010 den Atomstreit mit Iran auf die Tagesordnung des Sicherheitsrates zu setzen. Das EP fordert die chinesischen Staatsorgane auf, die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft zur Eindämmung des iranischen Anreicherungsprogramms zu unterstützen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/030-68733-039-02-07-903-20100210IPR68732-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0016+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

6. Europäisches Parlament unterstützt internationale Bemühungen im Jemen

Die Abgeordneten sind besorgt darüber, dass sich die Sicherheitslage sowie die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in Jemen seit langer Zeit verschlechtern und fordern umfangreiche Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft, um eine Eskalation der derzeitigen Krise zu vermeiden und auf ein geeintes, stabiles und demokratisches Jemen hinzuwirken. Sie begrüßen auch die Zusage der internationalen Gemeinschaft, die jemenitische Regierung in ihrem Kampf gegen Al-Qaida und weitere Ausprägungen des Terrorismus zu unterstützen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/030-68731-039-02-07-903-20100210IPR68730-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)
<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0017+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

b) Außenhandel

Abschluss der Doha-Runde und Handelsabkommen mit Lateinamerika

Vor dem Außenhandelsausschuss des EP erklärte der spanische Handelsminister Miguel Sebastián Gascón am 27.01., dass für die spanische Ratspräsidentschaft der Abschluss der WTO-Verhandlungen (Doha-Runde) prioritär sei. Wichtig seien auch die Verhandlungen über eine Partnerschaft mit dem Mercosur, ein multilaterales Abkommen mit Kolumbien, Peru und möglicherweise Ekuador sowie das Abkommen mit Zentralamerika. In der Aussprache wies der Minister die Kritik von Pablo Zalba Bidegain (EVP/ES) zurück, wonach das Freihandelsabkommen mit Südkorea schädlich für den Automobilsektor sei. Das Abkommen enthalte Übergangsmaßnahmen, so dass die betroffenen Sektoren sich anpassen könnten. Insgesamt sei das Abkommen für die EU sehr vorteilhaft.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

c) Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

1. Europäisches Parlament fordert zu Solidarität mit Haiti auf

In einer Entschließung verlangen die Abgeordneten eine umfassende Prüfung zur Ermittlung des kurz- und langfristigen Bedarfs der Bevölkerung und zur Festlegung des Engagements der EU beim Wiederaufbau, der in drei Phasen erfolgt: Soforthilfe, Rehabilitation und Wiederaufbau. Das EP ersucht die Kommission, möglichst rasch eine Bewertung der europäischen Reaktion auf die humanitäre Krise in Haiti vorzunehmen und Vorschläge im Hinblick auf eine weitere Verbesserung der von der EU in ähnlichen Situationen in der Zukunft einzuleitenden Maßnahmen vorzulegen. Außerdem fordert das EP die EU dringend auf, ein vorläufiges Moratorium für neue Adoptionen von Kindern aus Haiti für die Dauer von bis zu zwei Jahren nach Beginn der Nachforschungen nach ihren Angehörigen zu unterstützen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/030-68729-039-02-07-903-20100210IPR68728-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0015+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

2. Kommission plant weitere 90 Mio. EUR humanitäre Hilfe für Haiti

Die EU-Kommission schlug am 12.02. die Entnahme von 90 Mio. EUR aus der Notfallreserve der EU für weitere humanitäre Hilfe vor.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/156&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

III. Arbeit, Gesundheit, Soziales, Chancengleichheit

a) Arbeit, Soziales

1. Priorität für neue Wachstums- und Beschäftigungsstrategie für 2020

Nach den Erklärungen von **Minister Celestino Corbacho** im Beschäftigungsausschuss des EP am 27.01. müsse kurzfristig durch strukturelle Maßnahmen die Arbeitslosigkeit insbesondere bei Jugendlichen bekämpft und langfristig eine wettbewerbsfähigere Ökonomie geschaffen werden. Nach Auffassung des Berichterstatters des EP, Csaba Öry (EVP/HU) muss die neue Strategie für 2020 konkrete Ziele enthalten, da das Konsultationsdokument der Kommission nur sehr allgemein gehalten sei. Die Ausschussvorsitzende, Pervenche Bérès (S&D/FR), fügte hinzu, dass die Beschäftigung eine Priorität und nicht einfach ein Ergebnis der Wettbewerbsfähigkeit sein müsse.

Sozialministerin Trinidad Jimenez betonte das Erfordernis sozialer Kohäsion, vor allem im Zusammenhang mit dem Europäischen Jahr zur Bekämpfung der Armut 2010. Konkret wolle sich die spanische Ratspräsidentschaft auf die am meisten gefährdeten Gruppen wie Behinderte, Ältere und Roma konzentrieren.

Gleichstellungsministerin Bibiana Aído bekräftigte, dass sie für die Aufnahme von Gleichstellungsthemen in der neuen Strategie für 2020 eintrete.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

2. Gewalt gegen Frauen bekämpfen

Im Jahresbericht zur Gleichstellung von Frauen und Männern fordert das Parlament die Überarbeitung der EU-Gesetzgebung zum gleichen Entgelt für alle und stärkere Bemühungen in der Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen. Die Mehrheit der Abgeordneten meint zudem, dass

Frauen Kontrolle über ihre sexuellen und reproduktiven Rechte durch einen "ungehinderten Zugang zu Verhütung und Abtreibung" haben müssten.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/014-68657-039-02-07-902-20100209IPR68656-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0021+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

3. EU fördert Wohnungsbau für arme Bevölkerungsgruppen

Arme Bevölkerungsgruppen werden in Zukunft in allen Mitgliedstaaten EU-Förderungen für Wohnungsbauvorhaben und Renovierungen erhalten. Das Europäische Parlament hat am 10.02. eine entsprechende Änderung der Verordnung über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung verabschiedet.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/059-68679-039-02-07-910-20100209IPR68678-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0012+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

4. EP fordert Hilfen für Opfer von Menschenhandel

In einer Entschließung sprechen sich die Abgeordneten für "bedingungslose" Hilfe für die Opfer von Menschenhandel, insbesondere Frauen und Kinder, aus. Die Opfer sollten kostenlosen Rechtsbeistand erhalten. Die Strafen für Menschenhändler müssten abschreckend sein. Außerdem müsse gegen die Nachfrage nach den Diensten der Opfer vorgegangen werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/019-68647-039-02-07-902-20100209IPR68645-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0018+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

b) Gesundheit

Spanische Ratspräsidentschaft für gemeinsamen Gesundheitsraum

Im Gesundheitsausschuss des EP bekräftigte die spanische Gesundheitsministerin Trinidad Jiménez am 26.01., dass das europäische Gesundheitsmodell – Universalität, Gleichheit, Solidarität, Zugang zu sicherer und qualitativ hochwertiger Gesundheitsversorgung – zu einem gemeinsamen europäischen Gesundheitsraum ausgebaut werden müsse. Prioritär für die spanische Ratspräsidentschaft seien auch Organspende und Transplantation, das Arzneimittelpaket und Nahrungsmittelsicherheit. Die Ministerin kündigte auch Gespräche mit der Kommission zur Weiterbehandlung der Richtlinie über grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung an.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

IV. Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

a) Ernährung

Neues Bio-Logo für Erzeugnisse der biologischen Landwirtschaft



Die EU-Kommission übernahm am 08.02. das von Dušan Milenković, einem Design-Studenten aus Düsseldorf entworfene Logo. Auch der dritte Preis ging an einen Studenten aus Deutschland: David Dwight Holly aus Mainz. Der Sieger sowie der zweite und dritte Preisträger werden im Juli 2010 bei der offiziellen Preisverleihung durch die

Generaldirektion Landwirtschaft und ländliche Entwicklung der EU-Kommission geehrt. Das Preisgeld beträgt 6.000 Euro, 3.500 Euro und 2.500 Euro.

In den nächsten Wochen wird die Verordnung über die ökologische Landwirtschaft überarbeitet, um das neue Logo in einen der Anhänge aufzunehmen. Ab 01.07. ist dieses Logo verbindlich für alle verpackten Erzeugnisse, welche die in der Verordnung vorgesehenen Bestimmungen erfüllen. Für importierte Erzeugnisse ist es fakultativ. Daneben können auch private, regionale oder nationale Logos geführt werden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/142&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://ec.europa.eu/agriculture/organic/logo/index.htm>

b) Landwirtschaft

1. Diskussion über Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik

Bei der Aussprache im Agrarausschuss des Europäischen Parlaments am 27.01. erklärte die spanische Ministerin für Umwelt und ländlichen Raum, Elena Espinosa, dass eine wettbewerbsfähigere Gemeinsame Agrarpolitik in der Zeit nach 2013 für die spanische Ratspräsidentschaft prioritär sei. Hierzu gehöre auch eine stärkere Rolle von Frauen in diesem Sektor.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

2. Nitratverschmutzung durch Landwirtschaft noch zu hoch

Nach dem am 11.02. veröffentlichten Bericht der Kommission zeigen die Rechtsvorschriften, die die Verschmutzung von Grundwasser und Oberflächengewässern durch Nitrate aus landwirtschaftlichen Quellen verhindern sollen, Wirkung. In einigen Regionen lägen die Nitratkonzentrationen jedoch über den Wasserqualitätsnormen der EU, und die Landwirte müssten noch mehr auf nachhaltigere Praktiken umstellen. Hohe Belastungen werden vor allem aus den Niederlanden, Belgien (Flandern), Frankreich (Bretagne) und Teilen Spaniens gemeldet. In Deutschland und Österreich ging die Zahl der erhöhten Messwerte im Grundwasser (über 50 mg/Liter) zurück. Osteuropa ist wegen geringerem Düngemiteleinsatz und wegen geringerer Viehbestandsdichte weniger stark belastet.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/154&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/environment/water/water-nitrates/index_en.html

V. Binnenmarkt und Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

Rettungsdienstleistungen müssen ausgeschrieben werden

Nach den Schlussanträgen von Generalanwältin Verica Trstenjak vor dem Europäischen Gerichtshof, findet das Vergaberecht der Union auch auf Rettungsdienste Anwendung, da es sich dabei nicht um die Ausübung öffentlicher Gewalt im Sinne des Unionsrechts handele. Es sei festzustellen, dass in den Bundesländern Sachsen-Anhalt, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Sachsen eine verfestigte und allgemeine Vergabep Praxis für Rettungsdienstleistungen bestehe, bei der die in den Richtlinien 92/50 bzw. 2004/18 vorgesehene nachträgliche Meldepflicht für vergebene Aufträge missachtet wird. Da die Kommission in ihrer Klageschrift lediglich die Vergabep Praxis in den vorgenannten vier Bundesländern gerügt habe, könne ihr späterer Antrag, diese Vergaberechtswidrigkeit sei für das gesamte Bundesgebiet festzustellen, nicht berücksichtigt werden.

[http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher\\$docrequire=alldocs&numaff=C-160/08](http://curia.europa.eu/jurisp/cgi-bin/form.pl?lang=DE&Submit=Rechercher$docrequire=alldocs&numaff=C-160/08)

b) Wettbewerbsrecht

1. Kommission ermittelt gegen Kartell von Spediteuren

Die Kommission hat im Februar 2010 einer Reihe von Unternehmen eine Mitteilung der Beschwerdepunkte, über deren mutmaßliche Beteiligung in Preiskartellen für Speditionsdienste im Luftverkehr, die gegen EU Kartellrecht verstöß, gesendet. Das Speditions-geschäft befasst sich mit der Organisation des Transports von Gütern und verwandten Dienstleistungen, wie Zollabfertigung, Lagerdienste und Bodenabfertigung. Nach Presseberichten droht der Logistik-Tochter der Deutschen Bahn, DB Schenker, ein Bußgeld. Die Luftfrachttochter der Deutschen Post, DHL, werde nach der Kronzeugenregelung straffrei ausgehen. Betroffen seien Transporte aus Europa in die USA und nach Asien.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/149&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://www.euractiv.de/markt-und-wettbewerb/artikel/droht-db-schenker-hohes-eu-bugeld-002720>

2. Kommission genehmigt schwedische Staatsgarantie für Saab

Die Kommission hat die Pläne Schwedens, Saab Automobile AB durch eine staatliche Garantie zu einem Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu verhelfen, nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Wie die Kommission feststellte, erfüllen 82,2 % der geplanten Garantie Schwedens die Voraussetzungen des Vorübergehenden Beihilferahmens der Kommission, der den Mitgliedstaaten zusätzlichen Spielraum bietet, um Unternehmen in der derzeitigen Wirtschafts- und Finanzkrise die Kapitalbeschaffung zu erleichtern (siehe [IP/08/1993](#)). So wird Saab eine angemessene Vergütung für die Garantie zahlen und genügend Sicherheiten für den Fall der Inanspruchnahme stellen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/139&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

c) Steuern

Europäisches Parlament fordert bessere Beitreibung von Steuern

Bei der Abstimmung über ein Paket von Steuerfragen sprachen sich die Abgeordneten am 10.02. für einen allgemeinen automatischen Informationsaustausch in Steuerfragen und für eine effektivere Bekämpfung von Steuerparadiesen und des Bankgeheimnisses aus. Die OECD veranlasse das gegenwärtig in Steueroasen akkumulierte private Vermögen mit etwa 1 Billion USD. Es gebe Belege dafür, dass die Finanzkrise teilweise durch neue Arten von komplexen Finanzinstrumenten und Derivaten ausgelöst wurde, die zum großen Teil in Fonds platziert waren, welche ihren Sitz in der Geheimhaltung unterliegenden Steuergebieten haben. In Steueroasen seien auch komplexe Finanzprodukte beheimatet, die finanzielle Instabilität verursachen. Ferner hätten Finanzinstitute außerbilanzielle Verbindlichkeiten in Steueroasen. Im Übrigen würden bisher nur 5% der grenzüberschreitenden Steuerforderungen in der EU beigetrieben.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/044-68642-039-02-07-907-20100209IPR68641-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0020+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung verantwortungsvolles Handeln im Steuerbereich)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0013+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung – Zusammenarbeit der Behörden bei der Besteuerung)

VI. Wirtschaft und Finanzen

a) Wirtschaft

1. Stimmung im EP für aktivere europäische Wirtschaftspolitik

In der Debatte zur Situation in Ländern der Eurozone haben die Abgeordneten EU-Kommission und Ministerrat aufgefordert, die derzeitigen Schwierigkeiten für eine engere wirtschaftliche Koordinierung zu nutzen. **Corien Wortmann-Kool** (EVP/ NL) sagte, die derzeitigen Probleme in der Eurozone erforderten eine stärkere Koordinierung der Wirtschaftspolitiken und einen "rigorosen Ansatz in Richtung wirtschaftlicher Governance". Die von Kommissionspräsident Barroso vorgelegte EU-2020-Strategie sei "eine dünne Suppe", die bei weitem nicht ausreichen werde, um die in der EU nötige Kohärenz herzustellen, so **Udo Bullmann** (SPD). Dringend nötig sei eine stärkere wirtschaftspolitische Koordination in der EU. "Unser taktischer und strategischer Fehler war es, nicht sofort eingegriffen zu haben. Außerdem haben wir von Anfang an einen falschen Ansatz verfolgt", so **Guy Verhofstadt** (Liberales/BE). Die Situation in Griechenland zeige das Versagen der Lissabon-Strategie.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/043-68630-039-02-07-907-20100209IPR68629-08-02-2010-2010-false/default_de.htm

2. Lissabon-Strategie der EU gescheitert

Nach einer Bewertung der Lissabon-Strategie durch die Kommissionsdienststellen vom 02.02. sind die Kernziele (Beschäftigungsquote von 70 %, Anteil der FuE-Ausgaben am BIP 3 %) nicht erreicht worden. 2008 habe die Beschäftigungsquote in der EU bei 66 % (2000: 62 %) gelegen, danach sei sie infolge der Krise wieder zurückgegangen. Den Abstand zu führenden Industrieländern beim Produktivitätswachstum habe die EU nicht verringern können. Die Gesamtausgaben für FuE (in %/BIP) seien in der EU nur geringfügig angestiegen (2000: 1,82 %, 2008: 1,9 %); während die USA auf 2.66% und Japan auf fast 3.5% kamen.

Zu den Gründen für das Zurückbleiben zähle, dass die Ziele nicht auf individuelle nationale Ziele heruntergebrochen worden seien und dass den unterschiedlichen Voraussetzungen in den einzelnen Mitgliedstaaten nicht Rechnung getragen worden sei. Dies habe das Gefühl der Verantwortung auf nationaler Ebene beeinträchtigt. Die Methode der offenen Koordinierung wiederum sei von den meisten Mitgliedstaaten nicht als Teil des Politikprozesses, sondern nur als eine Form des Berichtswesens aufgefasst worden.

http://ec.europa.eu/growthandjobs/pdf/lisbon_strategy_evaluation_de.pdf

3. BIP in der Eurozone und in der EU27 im 4. Quartal 2009 um 0,1% gestiegen

Im Vergleich zum Vorquartal ist im vierten Quartal 2009 das BIP sowohl in der Eurozone (EZ16) als auch in der EU27 um 0,1% gestiegen. Dies geht aus Schnellschätzungen hervor, die von Eurostat veröffentlicht wurden. Im dritten Quartal 2009 betrug die Wachstumsrate +0,4% bzw. +0,3%. Im Vergleich zum entsprechenden Quartal des Vorjahres ist das saisonbereinigte BIP im vierten Quartal 2009 in der Eurozone um 2,1% und in der EU27 um 2,3% gefallen, nach -4,0% bzw. -4,3% im Vorquartal.

Im Verlauf des vierten Quartals 2009 nahm das BIP der Vereinigten Staaten um 1,4% gegenüber dem Vorquartal zu, nach +0,6% im dritten Quartal 2009. Im Vergleich zum Vorjahresquartal stieg das BIP der Vereinigten Staaten um 0,1% (-2,6% im Vorquartal).

Für das gesamte Jahr 2009 ist das BIP in der Eurozone um 4,0% und in der EU27 um 4,1% gefallen.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/22&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

b) Energie

Integration der Energiemärkte und Förderung von Elektroautos

Nach den Erklärungen des spanischen Industrieministers Miguel Sebastián im Industriausschuss des EP am 27.01. werde die spanische Ratspräsidentschaft darauf drängen, dass auf dem Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates (25./26.03.) ein Aktionsplan für 2010-2014 zur Förderung der Integration der europäischen Energiemärkte verabschiedet wird. Hierzu gehöre auch Energieeffizienz. Bereits im Februar erhoffe die Präsidentschaft die Zustimmung des Rates zu einer europäischen Elektroauto-Strategie.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

c) Finanzen

1. Europäischer Rat unterstützt Finanzaufsicht über Griechenland

Bei ihrem informellen Treffen am 11.02. beauftragten die Staats- und Regierungschefs den Ecofin-Rat, am 16.02. Empfehlungen auf der Grundlage der Kommissionsvorschläge und der weiteren Zusagen von Griechenland zur Haushaltskonsolidierung anzunehmen. Die Kommission werde die Umsetzung, zusammen mit der Europäischen Zentralbank, genau kontrollieren und hierbei auf den Sachverstand des Internationalen Währungsfonds zurückgreifen. Es wurde festgestellt, dass Griechenland um keine Finanzhilfen ersucht hat. Die Mitgliedstaaten des Eurogebiets sichern jedoch zu, dass sie bei Bedarf koordinierte Aktionen zur Gewährleistung der Finanzstabilität im gesamten Euroraum ergreifen würden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/112856.pdf

2. EZB warnt vor Belastung für Geldpolitik durch hohe Schuldenstände

In ihrem Monatsbericht vom Februar 2010, gibt die Europäische Zentralbank zu bedenken, dass die Staaten des Euroraums mit hohen und stark zunehmenden Haushaltsungleichgewichten konfrontiert seien, die zu weniger günstigen mittel- und langfristigen Zinssätzen und einer geringeren privaten Investitionstätigkeit führen könnten. Darüber hinaus stellten hohe staatliche Defizite und Schuldenstände eine zusätzliche Belastung für die Geldpolitik dar und schwächten den Stabilitäts- und Wachstumspakt als Grundpfeiler der Wirtschafts- und Währungsunion. Vor diesem Hintergrund sei es von höchster Bedeutung, dass die Stabilitätsprogramme der einzelnen Euro-Länder durch konkrete Maßnahmen untermauert würden.

http://www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2010/201002.mb_ezb_10.00.pdf

3. Ratspräsidentschaft strebt rasche Einigung über Finanzmarktaufsicht an

Bei der Aussprache im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments am 26.01. kündigte die spanische Wirtschafts- und Finanzministerin Elena Salgado an, beim Paket zur Reform der Finanzaufsicht und bei den Investmentfonds eine Einigung mit dem EP in erster Lesung anzustreben.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

4. Konferenz über grenzüberschreitendes Krisenmanagement bei Banken

Die EU-Kommission veranstaltet am 19.03. in Brüssel eine hochrangige Konferenz auf der sie die Ergebnisse ihrer Konsultation und ihre Gedanken zum weiteren Vorgehen präsentieren will.

http://ec.europa.eu/internal_market/bank/crisis_management/index_en.htm#conference

5. Migranten schickten im Jahr 2008 32 Mrd. EUR in frühere Wohnsitzländer

In der EU27 beliefen sich die von Migranten in ihre früheren Wohnsitzländer transferierten Gelder, die so genannten Heimatüberweisungen von Erwerbstätigen, im Jahr 2008 auf 31,8 Mrd. Euro gegenüber 31,3 Mrd. im Jahr 2007 und 19,4 Mrd. im Jahr 2004. Diese Zahlen beinhalten sowohl Geldflüsse innerhalb der EU27 als auch Geldflüsse in Drittländer. Die Zunahme der Heimatüberweisungen von Erwerbstätigen in den letzten Jahren ist hauptsächlich auf einen starken Anstieg der Geldströme in Drittländer zurückzuführen (von 11,5 Mrd. im Jahr 2004 auf 22,5 Mrd. im Jahr 2008), während die Geldflüsse innerhalb der EU27 weniger schnell anstiegen (von 7,9 Mrd. auf 9,3 Mrd.). Folglich stieg der Anteil der Heimatüberweisungen in Drittländer an allen Heimatüberweisungen von 59% im Jahr 2004 auf 71% im Jahr 2008.

Im Jahr 2008 stammten zwei Drittel der gesamten Heimatüberweisungen von Erwerbstätigen aus der EU27 aus Spanien (7,8 Mrd. Euro oder 25% aller EU27-Heimatüberweisungen), Italien (6,4 Mrd. oder 20%), Frankreich (3,4 Mrd. oder 11%) und Deutschland (3,1 Mrd. oder 10%).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/10/20&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

VII. Justiz und Inneres

a) Justiz

1. Spanische Präsidentschaft will europäisches Zivilrecht voranbringen

Bei der Aussprache im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments am 27.01. erwähnte der spanische Justizminister Francisco Caamaño Domínguez Regeln über das Erbrecht, gegenseitige Anerkennung von Urteilen und öffentlichen Urkunden, besseren Schutz von Urheberrechten und Zusammenführung der Register als Prioritäten der Ratspräsidentschaft. Im Juni solle das E-Justiz-Portal eröffnet werden. Priorität habe auch verstärkte Zusammenarbeit bei außervertraglichem Schuldrecht (Rom II) und die Reform der Brüssel-II-Verordnung über die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen in Zivil- und Handelssachen.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

2. Europäisches Parlament stimmt Abkommen zu Unterhaltsansprüchen zu

Im Verfahren der Konsultation billigte das EP am 11.02. den Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Übereinkommens über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen durch die Europäische Gemeinschaft ([KOM\(2009\)0373](#)).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0027+0+DOC+XML+V0//DE>

b) Inneres

1. Europäisches Parlament kippt SWIFT-Abkommen mit den USA

Mit breiter Mehrheit (378:196, bei 31 Enthaltungen) stimmte das EP am 11.02. gegen das vom Rat unterzeichnete Interimsabkommen zur Aufdeckung von Terrorismusfinanzierung. Dagegen waren Sozialdemokraten, Liberale, Grüne und Linke, aber auch die CDU/CSU-Abgeordneten. Ein Antrag der EVP-Fraktion auf Vertagung der Abstimmung auf März, der von den Rechtskonservativen unterstützt wurde, ist knapp abgelehnt worden (290:305, bei 14 Enthaltungen). Zuvor hatte Innenkommissarin Malmström vergebens gewarnt, dass eine Ablehnung sowohl zu einer Lücke beim Datenschutz als auch bei der Sicherheit führen würde. Die Kommission wird aufgefordert, Empfehlungen für ein langfristiges Abkommen auszuarbeiten. Hierbei müsse das Prinzip der Gegenseitigkeit strikt eingehalten werden, durch das die US-

Behörden verpflichtet werden, einschlägige Finanztransaktionsdaten auf Ersuchen an die zuständigen EU-Behörden zu übermitteln.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/019-68675-039-02-07-902-20100209IPR68674-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0029+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/10/24&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en> (Rede Malmström)

2. EU-Kommission bedauert Votum des EP gegen SWIFT-Abkommen mit USA

Die Kommission bedauert, dass nach der Ablehnung des Interim-Abkommens über den Zugang der USA zu den Bankdaten von SWIFT wertvolle Informationen für die Bekämpfung des Terrorismus nicht mehr zur Verfügung stehen. Die Kommission will mit dem amerikanischen Finanzministerium (United States Treasury Department) Möglichkeiten für ein längerfristiges Abkommen ausloten. Innenkommissarin Malmström hielt dies für sehr dringend. Kommissionsvizepräsidentin Reding äußerte darüber hinaus ein Interesse der Kommission an einem Verhandlungsmandat für ein Abkommen über Datenschutz und Informationsaustausch mit den USA.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/152&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

3. Europäisches Parlament stimmt Abkommen zu Unterhaltsansprüchen zu

Im Verfahren der Konsultation billigte das EP am 11.02. den Vorschlag für einen Beschluss des Rates über den Abschluss des Übereinkommens über die internationale Geltendmachung der Unterhaltsansprüche von Kindern und anderen Familienangehörigen durch die Europäische Gemeinschaft ([KOM\(2009\)0373](#)).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0027+0+DOC+XML+V0//DE>

4. Spanische Ratspräsidentschaft für geregelte Arbeitsmigration

Im Innenausschuss des Europäischen Parlaments sprach sich der spanische Arbeits- und Einwanderungsminister Celestino Corbacho Chaves am 26.01. dafür aus, eine langfristige und umfassende Einwanderungspolitik zu führen, die den Erfordernissen des Arbeitsmarktes Rechnung trägt. Der Asyl- und Einwanderungspakt biete hierfür die geeignete Basis. Konkret müsse an legaler Einwanderung, Integrationspolitiken, einem Aktionsplan für unbegleitete Jugendliche, der Richtlinie für Arbeitsmigration und der Richtlinie für Saisonarbeiter angesetzt werden.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

VIII. Umwelt und Verkehr

a) Umwelt

1. Klimawandel behält Vorrang für spanische Ratspräsidentschaft

Bei der Aussprache im Umweltausschuss des EP am 27.01. bekräftigte die spanische Umweltministerin Elena Espinosa, dass Klimawandel und Nachbereitung des Kopenhagener Weltklimagipfels oberste Priorität hätten. Spanien werde an der Führungsrolle der EU auf internationaler Ebene festhalten. Weitere Prioritäten seien Biodiversität, Boden- und Luftqualität sowie Fragen des Wasserhaushalts. Auf Frage von Richard Seeber (EVP/AT, ÖVP) bestätigte die Ministerin, dass sie eine rasche Einigung über die IVU-Richtlinie zur Emissionsreduzierung von Großanlagen anstrebe.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

2. Europäisches Parlament fordert neue "Klimaschutz-Diplomatie"

Die EU sollte eine neue "Klimaschutz-Diplomatie" entwickeln und künftig ausreichende Mittel zum Schutz gegen den Klimawandel und Anpassungsmaßnahmen bereitstellen, so das Europäische Parlament. Der Einsatz der EU für Klimaschutz-Maßnahmen dürfe trotz des enttäuschenden Ergebnisses des Klimagipfels in Kopenhagen im Dezember 2009 nicht in Zweifel geraten. Die EU sollte vielmehr bis 2020 einseitig ihre CO₂-Emissionen um mehr als 20% reduzieren.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-68652-039-02-07-911-20100209IPR68650-08-02-2010-2010-false/default_de.htm (PM EP)

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2010-0019+0+DOC+XML+V0//DE> (Entschließung)

3. Hochrangige Kontaktgruppe zu REACH

Am 05.02. trat die "Directors' Contact Group" erstmals zusammen. Diese besteht aus Vertretern der EU-Kommission, der EU-Chemikalienagentur und den Industrieverbänden CEFIC, Eurométaux, REACH Alliance, Concawe, FECC und UEAPME. Hauptanliegen ist die Diskussion der Probleme bei der Einhaltung der Frist vom 30.11.10 für die Registrierung von Chemikalien nach der REACH-Verordnung. Besprochen werden auch mögliche Versorgungsengpässe, wenn wichtige Chemikalien wegen Fristversäumnis nicht mehr geliefert werden können. Die Gruppe will wegen des großen Zeitdrucks zügig beraten, damit noch vor Juni Handlungsvorschläge unterbreitet werden können.

4. EU-Kommissar Hahn spricht auf „Baltic Sea Action Summit“

Johannes Hahn, der neue EU-Kommissar für Regionalpolitik, hat am 10.02. in Helsinki auf dem Ostseegipfel „Baltic Sea Action Summit“ gesprochen. Die hochkarätig besetzte Veranstaltung wurde von der finnischen Präsidentin Tarja Halonen, dem Ministerpräsidenten Matti Vanhanen und der nichtstaatlichen Organisation „Baltic Sea Action Group“ einberufen und soll EU-Staats- und Regierungschefs sowie den russischen Regierungschef und den norwegischen Ministerpräsidenten an einen Tisch bringen. Ziel ist es, die wichtigsten Interessenvertreter – Regierungen, Wirtschaftsführer und nichtstaatliche Organisationen – dazu zu ermuntern, sich konkret zu engagieren, um eine weitere Verschlechterung des Zustands der Ostsee abzuwenden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/148&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/baltic/

<http://www.bsas.fi/>

b) Verkehr

Ehrgeiziges Programm für spanische Ratspräsidentschaft

Der spanische Verkehrsminister José Blanco Lopez stellte am 27.01. im Verkehrsausschuss des EP die Prioritäten der Ratspräsidentschaft vor: nachhaltiger städtischer Verkehr, Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit. Die Präsidentschaft sei auch für die Harmonisierung der Schienennetze, um den Anteil des Frachtverkehrs zu erhöhen. In Verhandlungen mit dem EP und den Mitgliedstaaten sollen auch die Richtlinien für die Rechte der Passagiere im Bus- und im Seeverkehr voran gebracht werden. Auf Fragen zum Einsatz von Nacktscannern auf Flughäfen erwiderte der Minister, dass die Sicherheit der Passagiere unter Schutz der Intimsphäre gewährleistet werden müsse.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

IX. Medien und Informationsgesellschaft

Kommission will besseren Schutz von Kindern in sozialen Netzwerken

Nach Auffassung der Kommission ist das Engagement von 20 Unternehmen, die im vergangenen Jahr die „Safer Social Networking Principles“ unterzeichnet und Maßnahmen zum Schutz von Kindern bei der Nutzung der Websites sozialer Netzwerke getroffen haben, noch nicht ausreichend. Nur bei 40% der Anbieter könnten die Profile standardmäßig nur von Freunden eingesehen werden und nur ein Drittel reagiere auf Nutzermeldungen in denen um Hilfe gebeten wird.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/144&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

<http://www.saferinternet.org/web/guest/safer-internet-day>

<http://www.youtube.com/user/eutube?blend=1&ob=4&rclk=cti#p/a/u/2/EhMV609a2Jo>

X: Bildung, Forschung, Kultur

Kulturwirtschaft und Label für europäisches Kulturerbe prioritär

Bei der Aussprache im Kulturausschuss des Europäischen Parlaments am 26.01. erklärte die spanische Kulturministerin Ángeles González-Sinde, dass die Förderung des Labels für das europäische Kulturerbe und die Unterstützung des kreativen Sektors sowie die Digitalisierung kultureller Inhalte Prioritäten der spanischen Ratspräsidentschaft seien. Fortgesetzt werde auch das Projekt der digitalen Bibliothek „Europeana“.

http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/008-68667-040-02-07-901-20100209IPR68665-09-02-2010-2010-false/default_de.htm

XI: Sonstiges

Matthias Oel in Kabinett des Präsidenten des Europäischen Rates

Matthias Oel, derzeit EU-Direktor im Bundesministerium des Inneren, wird deutsches Mitglied im Kabinett des neuen Präsidenten des Europäischen Rates Van Rompuy. Oel hat bereits große Erfahrungen im Brüsseler Geschäft. Er war Kabinettsmitglied von Regional-Kommissarin Dr. Monika Wulf-Matthies, Anschließend war er im Kabinett von Verheugen.

http://www.europaeische-bewegung.de/index.php?id=8745&tx_ttnews%5Btt_news%5D=2784&tx_ttnews%5BbackPid%5D=65&cHash=76ea0c5678